



Vorausabkommen im Bereich Katastrophenhilfe. Bestätigung der generellen Ermächtigung des EDA zum Abschluss solcher Vorausabkommen.

Zustimmende Kenntnisnahme des Bundesrates von der Absicht des EDA, ein solches Abkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen.

An den Bundesrat

Aufgrund des Antrages des EDA vom 16. März 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das EDA wird ermächtigt, wie bis anhin Katastrophenhilfe-Vorausabkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen. Vom verwendeten Standardtext solcher Abkommen wird zustimmend Kenntnis genommen (Entwurf Abkommen mit Kamerun).
2. Von der Absicht des EDA, ein solches Abkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen und vom vorgesehenen gestrafften Abkommenstext wird zustimmend Kenntnis genommen (Entwurf Abkommen mit der Sowjetunion).
3. Das EDA wird beauftragt, im Einvernehmen mit der BK zu prüfen, wie die Ermächtigung des EDA, Katastrophenhilfe-Vorausabkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen, in geeigneter Weise rechtsatzmässig verankert werden kann.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
		EVD		
		EVED		
	X	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

3003 Bern,

Pressemitteilung
erfolgt bei Abschluss
des Abkommens mit der
Sowjetunion

An den Bundesrat

Vorausabkommen im Bereich Katastrophenhilfe. Bestätigung der generellen Ermächtigung des EDA zum Abschluss solcher Vorausabkommen.

Zustimmende Kenntnisnahme des Bundesrates von der Absicht des EDA, ein solches Abkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen.

I.

Mit BRB vom 29. September 1975 ermächtigte der BR das damalige EPD, Katastrophenhilfe-Vorausabkommen mit Griechenland, Malawi, Pakistan und der Türkei sowie mit weiteren Staaten abzuschliessen, "dont le nombre reste au demeurant limité".

Diese Vorausabkommen regeln technische Fragen (Vereinfachung der Visaerteilung sowie der Zollformalitäten für Hilfskräfte und für Material), legen die Kompetenzen und Unterstellungsverhältnisse für die Hilfsformationen fest und regeln Grundsätze für die Kostenverteilung. Sie behalten jeweils ausdrücklich vor, dass ein konkreter Einsatz nur freiwillig und auf Ersuchen hin erfolgen soll und dass dafür ein spezieller Vertrag, der die konkreten Bedingungen der Hilfsintervention umschreibt, abgeschlossen wird.

Im Beschluss vom 29. September 1975 wurde ausgeführt, dass diese Vorausabkommen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtungen für die Schweiz mit sich bringen und somit den eidgenössischen Räten nicht zur Genehmigung unterbreitet werden müssen.

Gestützt auf den BRB von 1975 hat das EDA bzw. der Delegierte für Katastrophenhilfe im Ausland im Auftrag des EDA zwischen 1975 und 1988 eine Anzahl solcher Katastrophenhilfe-Vorausabkommen abgeschlossen, nämlich mit:

- Algerien	16.11.88	- Pakistan	15.10.75
- Elfenbeinküste	21.04.77	- Rwanda	05.08.77
- Griechenland	08.10.75	- Tunesien	12.07.78
- Jugoslawien	09.11.82	- Türkei	10.03.76
- Kenya	28.09.78		
- Kolumbien	08.04.88		

Durch diese Vorausabkommen wurde die Arbeit des Katastrophenhilfekorps in verschiedenen Fällen wesentlich erleichtert. Die Einsätze können rascher erfolgen und die häufig lebensentscheidende Zeit zwischen Katastrophe und Einsatzbeginn kann verkürzt werden.

II.

Im Nachgang zum Einsatz des Katastrophenhilfekorps am Lac Nyos in Kamerun (1987) wünschte Kamerun den Abschluss eines solchen Vorausabkommens. Der Text, den das SKH mit Kamerun verhandelte, ist der neuere Standard-Text (Beilage 1), von dem heute in den meisten Fällen höchstens in Nuancen abgewichen wird.

Eine erneute Ueberprüfung der Kompetenz des EDA zum Abschluss solcher Vorausabkommen hat nun jedoch ergeben, dass es zweifelhaft ist, wie weit die damaligen Kompetenzdelegation heute noch gültig ist, da sich einerseits die Rechtsgrundlagen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe grundlegend geändert haben (Inkrafttreten des Gesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe am 1. Juli 1977 und der dazugehörigen Verordnung am 1. Januar 1978) und man sich andererseits angesichts der Detailliertheit der heutigen Vorausabkommen mit Fug fragen kann, ob es sich wirklich nur um rechtlich unverbindliche Absichtserklärungen handelt. Das Bundesamt für Justiz ist heute der Auffassung, dass es sich um eigentliche völkerrechtliche Verträge handelt.

Die Frage der Rechtsnatur der Vorausabkommen kann offen bleiben, da der Bundesrat seit dem 1. Juli 1977 auf jeden Fall die Kompetenz besitzt, solche Verträge abzuschliessen. Die eidgenössischen Räte haben in Art. 10 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe dem Bundesrat die Kompetenz zum Abschluss von völkerrechtlichen Abkommen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe (dazu zählt auch die Katastrophenhilfe) delegiert.

Hingegen stellt sich die Frage, ob durch die grundlegende Aenderung der Rechtsgrundlagen die Kompetenzdelegation allenfalls stillschweigend aufgehoben wurde. Art. 21 Abs. 2 der Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12. Dezember 1977 sieht vor, dass den zuständigen Aemtern (d.h. DEH und BAWI) die Kompetenz zum Abschluss auch von völkerrechtlichen Verträgen übertragen wird, soweit die entsprechenden Kredite bewilligt sind. Völkerrechtliche Verträge, die allgemeine Grundsätze der Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Staaten oder mit einer internationalen Organisation betreffen, sind gemäss Abs. 3 von dieser Abschlusskompetenz ausgenommen.

Die Verordnung schweigt sich über die Vorausabkommen der Katastrophenhilfe aus, da die Vorausabkommen weder Ausführungsabkommen sind, für die ein Kredit bewilligt wurde, noch Abkommen, in welchen Grundsätze der Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Staaten geregelt werden (der Verordnungstext meint hier eindeutig die Rahmenabkommen der Entwicklungszusammenarbeit). Unklar ist, ob es sich um eine Lücke handelt (dann wäre die Kompetenzdelegation an das EDA nach wie vor gültig), oder um ein qualifiziertes Schweigen (dann wäre die Kompetenzdelegation an das EDA aufgehoben).

Angesichts der oben erwähnten Unklarheit beantragen wir Ihnen, diese Kompetenzdelegation heute zu bestätigen. Die 1975 getroffene Lösung hat sich durchaus bewährt, und es sind keine Gründe ersichtlich, dass heute eine andere Lösung getroffen werden sollte. Aus den Materialien zur Verordnung ergibt sich nichts anderes, aus unserer Sicht liegt eher eine Lücke als ein qualifiziertes Schweigen vor. Diese Auslegung entlastet auch den Bundesrat von Routinegeschäften. Die Lösung schliesst nicht aus, dass für Vorausabkommen von besonderer Tragweite der Bundesrat trotzdem konsultiert wird (s. unten).

Beschlossen:

III.

Im Nachgang zum Einsatz des Katastrophenhilfekorps in Armenien zeigte auch die Sowjetunion Interesse am Abschluss eines solchen Katastrophenhilfe-Vorausabkommens. Rein technisch gesehen gelten für ein Abkommen mit der Sowjetunion dieselben Argumente, die bereits oben unter Ziff. I. angeführt worden sind. Verschiedene Republiken der Sowjetunion, insbesondere die im Süden gelegenen, sind erheblich erdbebengefährdet und liegen in der Einsatzdistanz des Katastrophenhilfekorps. Eine Hilfeleistung könnte von der Schweiz aus sofort, direkt und ohne Zwischenlandung erfolgen. Da für die Rettung aus Trümmern die ersten Stunden entscheidend sind, ist es auch hier sinnvoll, diese nicht mit der Suche nach administrativen Lösungen zu verbringen, sondern sie im voraus geregelt zu haben. Der vorgeschlagene Abkommenstext ist allerdings gegenüber dem Standardtext etwas straffer gefasst (Beilage 2).

Angesichts der politischen Bedeutung eines Vorausabkommens mit der Sowjetunion (Bekräftigung der Verbundenheit im europäischen Haus) und der vorgesehenen Zeitpunkt der Unterzeichnung (Reise von BR Felber nach Moskau) scheint es uns richtig, dass der Gesamtbundesrat von der Absicht des EDA, ein solches Abkommen abzuschliessen, zustimmend Kenntnis nimmt.

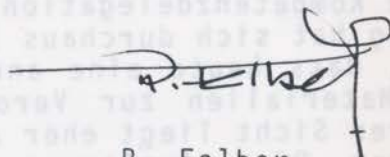
IV.

Das Bundesamt für Justiz ist im Rahmen des Vorverfahrens konsultiert worden. Es ist mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

V.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



R. Felber

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- 2 Vertragsentwürfe

Protokollauszug an: EDA 10 (DV 3, PD 3, DEH 4) zum Vollzug
 EJPD 5 zur Kenntnis
 EFD 2 zur Kenntnis
 BK 2 zur Kenntnis

Zum Mitbericht an: EJPD

Vorausabkommen im Bereich Katastrophenhilfe. Bestätigung der generellen Ermächtigung des EDA zum Abschluss solcher Vorausabkommen.

Zustimmende Kenntnisnahme des BR von der Absicht des EDA, ein solches Abkommens mit der Sowjetunion abzuschliessen.

Aufgrund des Antrages des EDA vom

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird
 entre les deux pays et de coopérer de manière plus efficace en
 matière de lutte contre les catastrophes, concluant de ce qui

beschlossen:

- Article 1
1. Das EDA wird ermächtigt, wie bis anhin Katastrophenhilfe-Vorausabkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen. Der Bundesrat nimmt zustimmend Kenntnis vom verwendeten Standardtext solcher Abkommen (~~s. Beilage 1~~ Entwurf Abkommen mit Kamerun).
 2. Der Bundesrat nimmt zustimmend Kenntnis von der Absicht des EDA, ein solches Abkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen, und vom vorgesehenen gestrafften Abkommenstext (~~s. Beilage 2~~, Entwurf Abkommen mit der Sowjetunion).

(gen.

Article 2
 L'intervention du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe
 de la République du Cameroun sera toujours réglée d'un commun
 accord par les deux Gouvernements.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Article 3
 Les deux Gouvernements prendront les dispositions nécessaires
 pour assurer l'acheminement rapide jusqu'au lieu de la catastrophe,
 des membres du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe,
 de leur équipement et de matériel de secours.

Article 4
 Les autorités compétentes de la République du Cameroun faciliteront
 l'obtention de visas, pour les membres du Corps Suisse
 pour l'aide en cas de catastrophe, individuellement ou collectivement.

A C C O R D

entre

Le Conseil Fédéral Suisse

et

Le Gouvernement de la République du Cameroun

sur

La Coopération en cas de catastrophe

Le Conseil Fédéral Suisse et le Gouvernement de la République du Cameroun, soucieux de resserrer les liens d'amitié existant entre les deux pays et de coopérer de manière plus efficace en matière de lutte contre les catastrophes, conviennent de ce qui suit :

Article 1

Au cas où le territoire de la République du Cameroun serait frappé par une catastrophe naturelle ou un cataclysme analogue, le Gouvernement Suisse, à la demande du Gouvernement de la République du Cameroun, se déclare prêt à envoyer le Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe, afin d'apporter une aide médicale, technique ou autre.

Article 2

L'intervention du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe en République du Cameroun sera toujours décidée d'un commun accord par les deux Gouvernements.

Article 3

Les deux Gouvernements prendront les dispositions nécessaires pour assurer l'acheminement rapide jusqu'au lieu de la catastrophe, des membres du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe, de leur équipement et du matériel de secours.

Article 4

Les autorités compétentes de la République du Cameroun faciliteront l'obtention du visa, pour les membres du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe, individuellement ou collec-

tivement. Ainsi, le visa pourra être obtenu à l'entrée du Cameroun.

Article 5

Les autorités compétentes de la République du Cameroun délivreront à temps les autorisations de survol et d'atterrissage nécessaires pour les aéronefs utilisés par le Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe aux fins de la mission de secours. Ces aéronefs seront autorisés à décoller et à atterrir aussi en dehors des aéroports douaniers.

Pendant le déroulement des opérations de secours, les aéronefs utilisés par le Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe seront réputés placés, sur le territoire de la République du Cameroun, sous le régime de l'admission temporaire, sans qu'un titre de douane soit exigé ou établi.

Article 6

Les autorités compétentes de la République du Cameroun exonéreront des formalités ainsi que des droits et taxes à l'importation l'équipement, le matériel et les autres biens apportés ou envoyés par le Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe aux fins de la mission de secours.

Article 7

Les autorités compétentes de la République du Cameroun faciliteront l'utilisation par le Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe des moyens de télécommunications existants ou l'établissement par le Corps en question d'un système de télécommunications de secours, cela sous le contrôle des autorités compétentes de la République du Cameroun.

Article 8

Les autorités compétentes de la République du Cameroun prendront les dispositions nécessaires, y compris l'octroi de facilités adéquates, pour mettre les membres du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe en mesure d'accomplir leurs tâches de la façon la plus efficace au lieu de la catastrophe.

Article 9

La mission de secours confiée au Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe sera déterminée par les autorités compétentes de la République du Cameroun dans le cadre de leur plan général de secours en consultation avec le chef du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe ou la personne désignée par le Gouvernement Suisse. Le Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe exécutera sa mission sous la direction et la responsabilité immédiates de son chef ou de la personne désignée par le Gouvernement Suisse.

Article 10

Sauf arrangement contraire, les frais résultant de l'intervention du Corps Suisse pour l'aide en cas de catastrophe en République du Cameroun seront à la charge du Gouvernement Suisse.

Article 11

Les dispositions qui précèdent ne porteront pas atteinte aux dispositions des accords multilatéraux concernant l'aide en cas de catastrophe qui sont ou qui entreront en vigueur dans les rapports entre la Confédération Suisse et la République du Cameroun.

Article 12

Le présent Accord entre en vigueur le jour de sa signature et restera en vigueur pendant cinq ans. Par la suite, il sera reconduit tacitement d'année en année, à moins qu'il n'y ait été mis fin par l'une ou l'autre des Parties contractantes moyennant notification écrite donnée au moins six mois avant l'échéance de l'Accord./-

Fait à Yaoundé, le

en deux exemplaires en français.

Pour le Conseil Fédéral Suisse:

Pour le Gouvernement de la
République du Cameroun:

A C C O R D

entre

le Conseil Fédéral Suisse

et

le Gouvernement de

l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques

sur

la coopération en cas de catastrophes

ARTICLE 5

Les parties contractantes se réfèrent à la législation nationale, simplifiant les formalités d'entrée et de séjour des personnes physiques et morales, ainsi qu'à la législation nationale relative aux taxes et aux droits de douane.

Les organisations habituellement mentionnées à l'article premier se composent, du côté suisse, du corps suisse d'aide en cas de catastrophes respectivement de la chaîne suisse de sauvetage, et du côté soviétique, d'unités de ...

La mission à l'article 1 et les autres organisations mentionnées aux articles 2 et 3 ont pour objet de faciliter l'entrée et le séjour des personnes physiques et morales dans le pays d'accueil et de leur offrir, dans le cadre du plan d'intervention, les interventions et secours en cas de catastrophe.

L'envoi de ces organisations en Suisse ou en URSS, sous la direction et la responsabilité de ces organisations, est autorisé par le gouvernement suisse et le gouvernement soviétique respectivement par les autorités compétentes.

Les autorités compétentes du pays d'accueil prennent les dispositions nécessaires, y compris l'accès aux aéroports, pour permettre aux membres de ces organisations d'entrer dans le pays d'accueil et de séjourner dans le pays d'accueil.

- 2 -

Le Conseil Fédéral Suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques,

- Soucieux de resserrer les liens d'amitié existant entre les deux pays,
- et soucieux de coopérer et se prêter aide de manière plus efficace en matière de lutte contre les catastrophes (naturelles et technologiques)

conviennent de ce qui suit:

ARTICLE PREMIER

Au cas où une catastrophe frapperait l'une des parties contractantes, l'autre partie contractante, à la demande du pays sinistré, se déclare prête à envoyer des organisations habilitées chargées d'apporter une aide technique, médicale ou autre.

ARTICLE 2

Les organisations habilitées mentionnées à l'article premier se composent, du côté Suisse, du corps suisse d'aide en cas de catastrophes respectivement de la chaîne suisse de sauvetage, et du côté soviétique, d'unités de

ARTICLE 3

L'envoi de ces organisations en Suisse ou en URSS sera toujours décidé d'un commun accord par les parties contractantes.

ARTICLE 4

Conformément aux dispositions nationales en vigueur, les parties contractantes prendront toutes mesures nécessaires pour assurer l'envoi et l'arrivée rapides des éléments d'intervention sur les lieux de la catastrophe. Ceci surtout pour les éléments de sauvetage et dans la phase de l'aide immédiate.

ARTICLE 5

Les deux parties contractantes, conformément à leurs législations nationales, simplifient les formalités de frontière pour les éléments d'intervention, individuellement ou collectivement et exonèrent des formalités ainsi que des taxes à l'importation et l'exportation le matériel, l'équipement et autres biens destinés à la mission de secours. Les parties contractantes délivreront à temps les autorisations de survol et d'atterrissage nécessaires pour les avions utilisées aux fins de la mission de secours.

Les parties contractantes faciliteront (autoriseront) l'utilisation des moyens de télécommunications existants ou l'établissement d'un système de télécommunications de secours par les organisations mentionnées à l'article 1er.

ARTICLE 6

La mission de secours confiée aux organisations mentionnées à l'article 2 du présent accord sera déterminée par les autorités du pays d'accueil dans le cadre du plan d'organisation des interventions et de secours en cas de catastrophe. Elles exécuteront leur mission sous la direction et la responsabilité immédiate de leur chef ou de la personne désignée par leur gouvernement.

Les autorités du pays d'accueil prendront les dispositions nécessaires, y compris l'octroi de facilités adéquates, pour permettre aux membres de

l'organisation partenaire d'accomplir leurs tâches de la façon la plus efficace au lieu de catastrophe.

ARTICLE 7

Les dispositions du présent accord ne porteront pas atteinte aux dispositions des accords bilatéraux et multilatéraux concernant l'aide en cas de catastrophe qui sont ou qui entreront en vigueur entre les parties contractantes.

ARTICLE 8

Le présent accord entre en vigueur après la notification réciproque de l'accomplissement des formalités requises par la législation en vigueur dans chacune des parties contractantes, et restera en vigueur pendant cinq ans. Par la suite, il sera reconduit tacitement d'année en année à moins qu'il n'y ait été mis fin par l'une ou l'autre des parties contractantes moyennant notification écrite donnée au moins six (6) mois avant l'expiration de l'accord.

Fait à Moscou, le 1990
en deux exemplaires, originaux en langue française.

Pour le Conseil Fédéral Suisse

Pour le Gouvernement de l'Union
des Républiques Socialistes Soviétiques

René Felber, Conseiller fédéral

.....

- 2 -

Le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques et le Conseil Fédéral Suisse,

- Soucieux de resserrer les liens d'amitié existant entre les deux pays,

- et soucieux de coopérer et se prêter aide de manière plus efficace en matière de lutte contre les catastrophes (naturelles et technologiques)

conviennent de ce qui suit:

ARTICLE 1

ARTICLE PREMIER

Au cas où une catastrophe frapperait l'une des parties contractantes, l'autre partie contractante, à la demande du pays sinistré, se déclare prête à envoyer des organisations habilitées chargées d'apporter une aide technique, médicale ou autre.

ARTICLE 2

Les organisations habilitées mentionnées à l'article premier se composent, du côté sovjétique, d'unités de, et du côté Suisse, du Corps suisse d'aide en cas de catastrophes respectivement de la Chaine suisse de sauvetage.

ARTICLE 3

L'envoi de ces organisations en URSS ou en Suisse sera toujours décidé d'un common accord par les parties contractantes.

René Felber, Conseiller fédéral



ARTICLE 4

Conformément aux dispositions nationales en vigueur, les parties contractantes prendront toutes mesures nécessaires pour assurer l'envoi et l'arrivée rapides des éléments d'intervention sur les lieux de la catastrophe. Ceci surtout pour les éléments de sauvetage et dans la phase de l'aide immédiate.

ARTICLE 5

Les deux parties contractantes, conformément à leurs législations nationales, simplifient les formalités de frontière pour les éléments d'intervention, individuellement ou collectivement et exonèrent des formalités ainsi que des taxes à l'importation et l'exportation le matériel, l'équipement et autres biens destinés à la mission de secours. Les parties contractantes délivreront à temps les autorisations de survol et d'atterrissage nécessaires pour les avions utilisées aux fins de la mission de secours.

Les parties contractantes faciliteront (autoriseront) l'utilisation des moyens de télécommunications existants ou l'établissement d'un système de télécommunications de secours par les organisations mentionnées à l'article 1er.

ARTICLE 6

La mission de secours confiée aux organisations mentionnées à l'article 2 du présent accord sera déterminée par les autorités du pays d'accueil dans le cadre du plan d'organisation des interventions et de secours en cas de catastrophe. Elles exécuteront leur mission sous la direction et la responsabilité immédiate de leur chef ou de la personne désignée par leur gouvernement.

Les autorités du pays d'accueil prendront les dispositions nécessaires, y compris l'octroi de facilités adéquates, pour permettre aux membres de

l'organisation partenaire d'accomplir leurs tâches de la façon la plus efficace au lieu de catastrophe.

ARTICLE 7

Les dispositions du présent accord ne porteront pas atteinte aux dispositions des accords bilatéraux et multilatéraux concernant l'aide en cas de catastrophe qui sont ou qui entreront en vigueur entre les parties contractantes.

ARTICLE 8

Le présent accord entre en vigueur après la notification réciproque de l'accomplissement des formalités requises par la législation en vigueur dans chacune des parties contractantes, et restera en vigueur pendant cinq ans. Par la suite, il sera reconduit tacitement d'année en année à moins qu'il n'y ait été mis fin par l'une ou l'autre des parties contractantes moyennant notification écrite donnée au moins six (6) mois avant l'expiration de l'accord.

Fait à Moscou, le 1990
en deux exemplaires, originaux en langue française.

Pour le Gouvernement de l'Union
des Républiques Socialistes Soviétiques

Pour le Conseil Fédéral Suisse

.....

René Felber, Conseiller fédéral



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

21. März 1990

An den Bundesrat

Vorausabkommen im Bereich Katastrophenhilfe, Bestätigung der gerellen Ermächtigung des EDA zum Abschluss solcher Vorausabkommen
 Zustimmende Kenntnisnahme des Bundesrates von der Absicht des EDA, ein solches Abkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen.

Mitbericht

zum Antrag des EDA vom 16. März 1990

Wir stimmen dem Antrag unter Vorbehalt folgender Ergänzung des Beschlussdispositivs zu:

- "3. Das EDA wird beauftragt, im Einvernehmen mit der BK zu prüfen, wie die Ermächtigung des EDA, Katastrophenhilfe-Vorausabkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen, in geeigneter Weise rechtsatzmässig verankert werden kann."

Denkbar wäre gewesen, die vom EDA beantragte Kompetenzregelung mangels spezialgesetzlicher Regelung allenfalls in Art. 2 der dem Bundesrat mit Antrag der BK vom 5. März 1990 zur Gutheissung vorgelegten Delegationsverordnung unterzubringen. Da diese Delegationsverordnung nächstens verabschiedet werden soll, währenddem der vorliegende Antrag erst in einer späteren Sitzung behandelt wird und zudem -je nach Ausgang des Ergebnisses der Ueberprüfung, in welcher Form die rechtsatzmässige Verankerung stattfinden kann - noch nicht feststeht, ob die allgemeine Kompetenzregelung der Delegationsverordnung der richtige Platz ist, soll das EDA beauftragt werden, das Problem im Einvernehmen mit uns zu prüfen.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 Der Bundeskanzler: